**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW 7, Dorothenstraße 66.
Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau:
Dresden-A., Königstr. 35, Tel. I, Nr. 4583.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt
und
# Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 624. Freitag 8. Dezember 1905. 99. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

* Im Reichstag wurde gestern die Fortsetzung der allgemeinen Debatte durch den Staatssekretär des Marineamtes Tirpitz eingeleitet. (S. Parlamentsbericht).

* Gouverneur Lindequist meldet, daß der Kapitän der Hochamaffer Hottentotten, Manasse, nebst 23 Anhängern im Gefecht bei Gubuoms gefallen ist und daß Kapitän Michael von Omaruru und sein Bruder Hugo sich mit acht Begleitern der Behörde der Walfischbai gestellt hat.

* Berlin hat nach der Volkszählung am 1. Dezember 2 033 900 Einwohner.

* Aus dem näheren Text der Botschaft des Präsidenten Roosevelt geht hervor, daß die Einwanderung über die nördlichen Häfen eingeschränkt, über Canada und Mexiko aber ganz verboten werden soll. (S. Ausl.)

* Das österreichische Abgeordnetenhaus berät über die Dringlichkeitsanträge betreffend die Einmischung des österreichischen Ministerpräsidenten in die Angelegenheit Ungarns.

* Es wird gemeldet, daß die Ausnahmegesetze gegen die Juden in Rußland in Kürze aufgehoben werden sollen. (S. Ausl.)

## Flotten-Demonstration.

„Wie eine Artischocke verspeisen" wollte Crispi einst Abessinien: Blatt für Blatt. Leider saß im zweiten Blatte ein giftiger Wurm, der den behaglichen Schlemmer in die Zunge stach, daß er sterben mußte. Nach türkischer Art bekommt das Gericht besser, seitdem sich die Angriffskraft des alten Soldaten-Volkes an den Mällen Wiens gebrochen hat. Ein paarmal hat man sich allerdings auch in Moskau und Wien den Magen recht böse verdorben: Kaiser Josef II. und Zar Nikolaus I. haben daran sterben müssen.

Blatt für Blatt: ungefähr alle 20 bis 25 Jahre setzen Europas Staatsmänner das schwerverdauliche Gericht auf die Speisekarte: 1697 — 1718 — 1739 — 1774 — 1792 — 1812 — 1829 — 1856 — 1878 sind die Jahreszahlen der Friedensschlüsse. Es ist ungefähr wieder die Zeit.

Dieses Mal sind die Rollen ein wenig anders verteilt als letzthin: Oesterreich hat wieder die Führung, wie wohl nicht seit Prinz Eugens Zeiten. Wenigstens glaubt es so; aber auch Napoleon III. wußte nicht so recht, ob er eigentlich der Führer von Sebastopol gewesen sei.

„Im Namen des Christentums, der Humanität, der Ordnung." Nun ja: der Moslem weicht zurück. Ob das nun so ganz eigentlich Christentum ist, was da rund um das Aegeische Meer herum alle Berghöhen des alten pelasgischen Zeus jetzt auf den heiligen Elias umgetauft hat, darüber sind die Ansichten wohl nicht so ganz übereinstimmend: Harnack nennt es überfirnißtes Heidentum. Ob der Heiland selber die a.-tos da fe Philipps II. dem duldsamen Regiment der Kalifen von Cordova vorgezogen hat, darüber haben wir so unsere eigenen Gedanken. Von der Humanität wollen wir lieber gar nicht reden: im Munde Alexanders II. klang dieses Wort besonders schlecht; und gerade in den letzten Tagen fragte ein National-Türke in einer Berliner Zeitung an, ob denn nicht ein Rest von Schamgefühl die Mörder von Kischenew und so weiter von der Flottendemonstration zurückhalte. Und die Ordnung? Wer lacht da jetzt nicht? Die Grämchen jammern über Aufruhr und auf die Aechtungstafeln Sullas schelten seine drei Schüler. In Moscovitien, Magyarien, Katalonien geht es ja so ordentlich zu.

Aber Rußland hat immer noch ein großes Heer und die Türkei ein kleines. Rußland hat seine Schuldzinsen bezahlt bis zum Dezember 1905, und wir schreiben noch nicht 1906; während die Türkei bereits 1876 eine recht unangenehme Reduktion auf 1 Prozent eingeführt hat. Vielleicht hätten es 1877 schon wieder mehr werden können: aber damals mußte ja gerade Krieg geführt werden, weil 20 Jahre nun waren, der Friede schon seit 1856 gedauert hatte. Und dann hätte die Tinte des Reichstädter Vertrages eintrocknen können. — Auch hat das russische Land wenig Anziehendes für Eroberer: es ist so unbequem groß, so unwirtlich rauh. Dagegen das rechte Mittelstück des uralten, vom Euphrat zum Po reichenden Kulturgebietes: das schmeckt!

Blatt für Blatt! Schritt für Schritt ist der Moslem zurückgedrängt, vom Don zur Donau, von der Donau zum Balkan, dann zum Hebrus; auf der anderen Seite von der Naab zur Save, von der Save zum Amselfeld. Makedonien ist jetzt an der Reihe. Merkwürdig, daß „die geknechteten Völker" sich immer in den Grenzländern gegen „das Türkenjoch" auflehnen! Rechne man die Griechen ab, die übrigens auch noch teilnahmslos die Herrschaft der kühl-geschäftsmäßigen venetianischen Kaufmanns-Republik 1697 zu Carlowic kommen und 1718 zu Posharevac gehen sahen und erst warm wurden zu der Zeit, als Byron den Childe Harold und unter Hölderlin den Hyperion schrieb. Aber als die Russen um Oczakow und die Türkenburgen in den Donau-Fürstentümern rangen, was hörte man da von den Bulgaren? Und als die Bulgaren 1876 losbrachen und das Befreiungskomitee in Bukarest saß, da vernahm man nichts von Klagen der Makedonier. Auch die Armenier sollen 1877 noch sehr zufrieden gewesen sein; sie hatten auch allen Grund; denn wenn damals eine konfessionell-nationale Statistik der türkischen Beamten aufgemacht wäre, dann hätte eine etwaige mohammedanische Zentrumspartei in dem bis jetzt einzigen osmanischen Parlament von 1877 große Berechtigung gehabt, sich über mangelnde „Parität" zu beschweren.

Interventionsrecht! Daß, wer ein ethisches Recht solcher Art behauptet, gerade in unseren Tagen besser an ein anderes Reich als an die Türkei denken sollte, haben wir schon angedeutet. Einen historischen Rechtsanspruch haben sich ja die Mächte durch die Reformklausel des Berliner Vertrages gesichert, auf deren Urheber der nicht lange zu raten braucht, der die Tatsachen zusammenhält, daß eine armenische Freiheitsbewegung erst nach dem Berliner Kongreß ihren allerersten Anfang genommen hat, und daß das armenische Komitee seinen Sitz in London hält, daß ferner Downing Street eben seit jenem Zeitmoment mit der Disraelyschen Türkenfreundschaft gebrochen hat. Ja freilich: wenn eine solche Klausel bei jeder Operation wie ein Krebsknoten in das noch gute Fleisch hineinokuliert wird, dann soll „der kranke Mann" wohl gesund werden! In den Friedensschlüssen von Bukarest und Adrianopel war es das russische Christenprotektorat gewesen, welches den Samen zum Krimkriege ausgestreut hat.

Sie wollen eben die Türkei nicht gesunden lassen. 1878 las man die zum Lachen reizende heuchlerische Phrase: sie werde gekräftigt werden durch die Konzentration und Verdichtung ihrer Macht. Wenn ein Volk nach jedem unglücklichen Kriege Provinzen verliert, nach dem siegreichsten aber nicht eine gewinnt, wenn der Türke 1856 die eroberte Kleine Walachei, 1897 das glänzend zurückerkämpfte Thessalien wieder räumen mußte: dann soll er wohl Selbstgefühl, Lebenskraft bewahren! 1877 galt es, das glänzende Talent des Reformers Midhat zu stützen, der als Pascha von Rustschuk Donau-Bulgarien organisatorisch und kulturell so gefördert hatte, daß die eindringenden Russen das vielgeschmähte „Türkenjoch" gern in ihre Heimat mitgenommen haben würden, daß das Fürstentum Ferdinands jene Blütezeit noch nicht wieder erreicht haben soll. Aber für eine Entwickelung der Türkei aus sich selbst heraus muß man Geduld haben, und Geduld ist eben eine den modernen Politikern unbekannte Tugend. So muß man wenigstens guten Willen haben.

Man will aber Intervention, man will Kontrolle; und was man noch weiter will, das sagt man natürlich nicht. So folgt denn der internationalen Gendarmerie des Programms von Mürzzuschlag jetzt die Finanzkontrolle, und wird dann später die autonome Provinz mit einem christlichen Generalgouverneur nachkommen, dann etwa die Personal-Union mit Bulgarien und so weiter: Schema Ost-Rumelien. Vielleicht kommt es auch ein klein wenig anders; die makedonische Frage ist recht verwickelt, weil auch noch Griechen, Juden, Walachen im Lande leben; und dann sind noch Oesterreich und Rußland da. Also mal eine Teilung. Dem Türken wird es schließlich ziemlich gleich sein, wer der Erbe oder die Erben sind; Makedonien wird ihm verloren gehen, wie Serbien, Bulgarien-Ost-Rumelien verloren gegangen sind und zuletzt Kreta.

Und Deutschland? Natürlich können wir nicht allein die Tugendhaften bleiben; den zur Teilung der Welt zu spät kommenden Poeten haben wir früher lange genug tragiert. Aber Makedonien — was sind eigentlich seine Grenzen?: Für die amtliche Geographie ist der Name seit den Tagen Alexanders des Großen und des Perseus so allmählich verklungen — Makedonien hat nun wirklich mit Deutschland nirgendswo einen Berührungspunkt! Deutschlands südöstliche Politik darf heute nur nach einer ganz bestimmten Richtlinie orientiert werden: die Fühlung mit Oesterreich nicht zu verlieren. Für uns sind am orientalischen Wunderbaume noch lange keine Früchte reif! Aber sie können einmal in Klein-Asien heran reifen. Einstweilen ist für uns aber auch die Freundschaft mit der Türkei wertvoll. Wie wertvoll, das kann sich bei internationalen Verwickelungen leicht zeigen.

## Aus Preussens trübster Zeit.

Der Leipziger Historiker Erich Brandenburg veröffentlicht und erläutert im Dezemberheft der „Deutschen Rundschau" König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Adolf Camphausen. Ein Abschnitt davon sei unseren klerikalen und radikalen Schirmherren des Polentums nachdrücklichst zur Beachtung empfohlen, weil er auf Grund unanfechtbarer Tatsachen uns Gedächtnis zurückruft, wie die preußischen Polen das Eingehen Friedrich Wilhelms IV. auf ihre nationalpolitischen Wünsche gelohnt haben. Bekanntlich sollten die Provinzen Preußen und Posen, die beim Ausbruch der deutschen Bewegung des Jahres 1848 außerhalb des Deutschen Bundes standen, vollständig in den neu zu begründenden deutschen Nationalstaat aufgenommen werden. Als infolgedessen — ungeachtet einer ganzen Reihe von Freundlichkeiten, die Friedrich Wilhelm IV. seit seinem Regierungsantritt dem Polentum erwiesen hatte — in Posen Unruhen ausbrachen und eine Polendeputation in Berlin vor dem König erschien, erteilte Friedrich Wilhelm IV. die Zusage, daß eine „nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen" in die Wege geleitet werden solle. Die Antwort auf dieses ungeheuer große Entgegenkommen des Königs war die Entfesselung des Bürgerkrieges durch die Polen: sie traten zu bewaffneten Scharen zusammen, wollten gewaltsam in Stadt und Land der Leitung sich bemächtigen, mißachteten die Anordnungen der Behörden und entfernten teilweise den preußischen Adler von den öffentlichen Gebäuden. Dessenungeachtet glaubte die preußische Staatsregierung auf der Bahn der Versöhnungspolitik einen weiteren Schritt tun zu dürfen. Sie entsandte den General v. Willisen, der in Posen wegen seiner polenfreundlichen Gesinnung die nationalpolnischen Sympathien sich erworben hatte, als Kommissar nach Posen. Herr v. Willisen war von dem Wahn erfüllt, friedlich die zum Kampf gerüsteten beiden Nationalitäten versöhnen zu können. Natürlich mißlang dieser Versuch: die Polen machten nur Scheinkonzessionen und nötigten den General v. Colomb zur zwangsweisen Entwaffnung der polnischen Haufen, wobei es am 19. und 22. April bei Gostyn, Kozmin und Adelnau zu kleinen Gefechten kam.

Jetzt betrachtete sich Friedrich Wilhelm seines Versprechens in Bezug auf die nationale Reorganisation als entbunden, da er unter dem 26. März ausdrücklich erklärt hatte, daß eine gedeihliche Arbeit der Reorganisationskommission nur möglich sei, wenn die Ruhe gewahrt würde. Anknüpfend an den allmählich fühlbaren Umschwung der polenfreundlichen Stimmung in Südwestdeutschland und in Preußen schrieb Friedrich Wilhelm am 24. April 1848 an Camphausen u. a.: „Dazu kommen die Schändlichkeiten ohne Gleichen der Polen, die Colomb zum Einschreiten gezwungen . . . . haben. Ich hoffe, daß meine Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, solche Menschen als Truppe zu bewaffnen und zu besolden, nunmehr in jedem Mitgliede der Ministerii lebendig geworden ist. Auch ist das gegebene Wort und die Convenienz und meine dreimal feierlich gemachte Bedingung zur nationalen Organisation vor Aller Welt Angesicht zu eclatant gebrochen, um in diesem Augenblick mit derselben vorschreiten zu können, ohne uns vor Europa zu entehren. Ist alles beruhigt . . . dann kann man allenfalls sehen ob? und was? zu tun ist. Bei der unläugbaren Bedrohung Deutschlands von Frankreich her, ist es aber geradezu unverantwortlich gegen das gemeinsame schon so todkranke Vaterland, ihm im Rücken eine so ins Auge springende Gefahr zu organisieren. Bewegen Sie dies alles in Ihrem Herzen, lieber Camphausen und flößen Sie dem Conseil Muth und Energie ein."

Ein zweites Schreiben des Königs vom 25. April diente ebenfalls dem Zwecke, die „nationale Reorganisation" hinauszuschieben. Aus diesem Schreiben geht hervor, welchen Eindruck ein offener Brief des „Zentralbürgerausschusses für den Netzedistrikt zur Wahrung preußischer Interessen im Großherzogtum Posen" an General von Willisen datiert aus Bromberg vom 18. April) auf Friedrich Wilhelm gemacht hatte. Der offene Brief gibt bekannt, daß jener Ausschuß gegen den General wegen Ueberschreitung seiner Vollmachten und Begünstigung der Polen Anklage beim Staatsministerium erhoben habe, und überweist schließlich den General von Willisen als Verräter des deutschen Volkes der Verurteilung durch die Geschichte.

Ueber Herrn von Willisen hat inzwischen die Geschichte ihr Urteil gesprochen. Trotzdem fand sich in der Person des Herrn von Caprivi abermals ein preußischer General, der gleichfalls dem Phantom, das Polentum auf dem Wege der „Verständigungspolitik" zu gewinnen, nachjagte. Auch die Episode Caprivi gehört jetzt der Geschichte an, nachdem sie immerhin fast ein halbes Jahrzehnt gedauert hatte. Hoffentlich verstärkt die vorstehende geschichtliche Erinnerung das Bewußtsein, daß die Episode Caprivi die letzte ihrer Art bleiben muß!

## Deutsches Reich.

Leipzig, 8. Dezember.

*Bülows Reichstagsrede und das Ausland. Wie das Ausland in diesen Tagen die große Rede des Reichskanzlers über Deutschlands Stellung zu den anderen Mächten aufnimmt, darüber wird es bald nicht an Nachrichten fehlen. Zunächst äußert sich die Wiener „Neue Freie Presse" in einer höchst sympathischen und verständnisvollen Weise. Sie schreibt: Die Rede des Fürsten Bülow im Deutschen Reichstag über die auswärtige Lage war ernst und bedeutsam, von einer geradezu erstaunlichen Unumwundenheit und Aufrichtigkeit. Sie verhehlt und verschweigt nichts. Sie spricht im Grund nur aus, was ernsthafte Beobachter sich schon seit geraumer Zeit gesagt und gedacht haben. Diese herbe Offenheit entspricht vollkommen den gegebenen Umständen. Indem Fürst Bülow ohne Beschönigung und ohne diplomatische Verhüllung auf die tiefgehende Abneigung Englands gegen Deutschland hinwies, zog er auch Frankreich in den Kreis seiner Erörterung, um abermals das von den Feinden Deutschlands immer wieder kolportierte Märchen zu erschlagen, daß die deutsche Politik darauf sehe, über Frankreich herzufallen. Auch an dem Dreibund wird ferner von den Feinden Deutschlands in unausgesetzter Arbeit gerüttelt. Wenn nun gleichwohl Fürst Bülow nachdrücklichst sagt, Deutschland müsse im schlimmsten Falle allein stark genug sein, um seine Stellung zu verteidigen, so ist damit keinesfalls nach irgend welcher Seite hin eine Drohung oder Herausforderung zum Ausdruck gebracht. Jede Großmacht muß von solchem Selbstbewußtsein erfüllt sein. Das Nachdrücklichste und Eindringlichste, was Fürst Bülow gesprochen, ist nach England hinüber gesprochen. Dort soll die Rede die meiste Wirkung tun. Nach dieser Rede braucht, trotz ihres entschlossenen Tones, die Welt an den schlimmsten Fall, der nicht eingetreten ist, und hoffentlich nicht eintreten wird, noch nicht zu denken. Man wird überall verstehen, daß hier in der rückhaltlosen Aufrichtigkeit unverbrüchliche Friedfertigkeit sich birgt. — Die französischen Blätter geben Fürst Bülows Rede weit ausführlicher wieder als es hier Brauch ist. Einige sogar in wörtlicher Uebersetzung. Betrachtungen knüpft aber gestern schon „Figaro" daran. Das Blatt findet einen Widerspruch darin, daß der Reichskanzler zuerst die internationale Lage für unbefriedigend erklärt und dann eine nahe Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England ankündigt. „Figaro" fährt fort: „Vor einigen Monaten sagte man uns, Deutschland habe einen Angriff Englands und Frankreichs zu befürchten, seitdem hat Frankreich alles getan, was es tun mußte, und sogar noch etwas mehr, um diesen Irrtum zu zerstreuen. Andererseits glaubt Bülow hoffen zu dürfen, daß Englands Schroffheit sich mildern wird. Und diese Lage findet er nicht befriedigend? Was will er eigentlich? Um welchen Preis wird er befriedigt sein? Oh! Die Deutschen sind nicht leicht zu bedienende Herrschaften! beklagenswert derjenige, der unter ihre Abhängigkeit fällt!" Der Artikel schließt: „An uns ist es, dem Reichskanzler zu sagen: Sie sind mit dem Stück unzufrieden, ehe der Vorhang aufgegangen ist. Sie beklagen sich über uns und doch sind Sie es, der uns nach Algeciras geschleppt hat. Sie haben die Konferenz gewollt, Sie haben sie, lassen Sie ihr das Wort." — In der liberalen Presse Londons findet sich bis jetzt keinerlei Kommentar über Bülows Rede. Die konservative Presse, selbst der gemäßigte „Telegraph", findet sich verletzt durch den direkten Hinweis Bülows auf England als den Ruhestörer in einem Augenblick, wo hier Bestrebungen stattfinden, eine freundschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Die übrige konservative Presse trägt dem „Säbelrasseln Bülows", wie sie seine Rede nennt, zum Zweck der Genehmigung der neuen Steuern durch den Reichstag gebührende Rechnung, liest aber in seine Rede ruhelosen Ehrgeiz und Bestrebungen hinein, die dazu bestimmt seien, das Gleichgewicht Europas zu stören, auf dem die Politik Englands seit Jahren beruhe.

* Die Ursachen des Aufstandes in Südwest-Afrika werden in scharfer Weise dargelegt durch einen Bericht, den der Distriktschef von Gobabis über eine Reise nach dem Gebiet am Nyamisee machte. Er traf dort die Häupter der Herero an, mit denen er sich über verschiedene Dinge unterhielt. Da findet sich folgende Bemerkung: „Bei der Beurteilung der Stärke der Deutschen vor dem Kriege war bei den Herero die Ansicht maßgebend, daß wir Deutsche zu schwach seien". Diese Ansicht war eine Folge der englischen Einflüsterungen. Ganz systematisch hatten die Briten den Eingeborenen diese Ueberzeugung beigebracht, sie wurde immer und von vielen Seiten wiederholt. Schon im Jahre 1899, als die Wühlereien des englischen Abenteurers Robert Louis den alten Kamaherero zu einem feindlichen Vorgehen veranlaßten, durch das der Reichskommissar Dr. Goering zur Flucht nach der Küste getrieben wurde, spielte der Satz die Hauptrolle, daß die Deutschen schwach seien. Dieser Glaube wurde dadurch bestärkt, daß die Deutschen dort niemals mit entsprechender Macht auftraten. So war das zu einer unerschütterlichen Ueberzeugung geworden, die britische Stimmen stets unterstützten und nährten. Daher konnten die Herero leicht zu einen allgemeinen Aufstande gebracht werden. Sie waren eben der Ansicht, daß sie mit einem Male die Deutschen überwältigen könnten und dann nichts mehr zu fürchten hätten, da man die ganze deutsche Macht vernichtet hätte. Alle anderen Ursachen des Kampfes, namentlich die Anklagen gegen die Händler waren dabei nur nebensächlicher Art. Diese Feststellung durch die Häuptlinge ist von Bedeutung.

* Aus den Fraktionen des Reichstags. Die Reichspartei hat im Reichstage folgende Initiativanträge eingebracht: 1) v. Tiedemann: Den Reichskanzler zu ersuchen, angesichts der bei den letzten preußischen Landtagswahlen vorgekommenen Ausschreitungen auf eine Erweiterung und Verschärfung des im § 107 des Strafgesetzbuches zum Schutze der Wahlfreiheit getroffenen Bestimmungen im Wege der Gesetzgebung hinzuwirken, Maßnahmen zu treffen, um die Wählerlisten gegen fahrlässige Auslassungen und mißbräuchliche Eintragungen zu sichern und betrügerische Ausübungen des Wahlrechts unmöglich zu machen. 2) Dr. Arndt: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen für die Zeitdauer, während welcher sie ihrer Dienstpflicht im stehenden Heere und in der Reserve hätten genügen müssen, zu einer nach ihrem Einkommen abgestuften Wehrsteuer heranzuziehen mit der Maßgabe, daß die Erträge dieser Steuer ausschließlich für die Versorgung der Invaliden und Veteranen bezw. für deren Hinterbliebenen und zur Verstärkung des Reichs-Invalidenfonds zu verwenden sind.

* Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage ist trotz der optimistischen Ankündigung des Herrn Abgeordneten Wetterle ihrer Lösung noch keinen wesentlichen Schritt näher gerückt. Wie uns aus Straßburg geschrieben wird, dürfte bei den verbündeten Regierungen weder für eine Personal-Union zwischen Elsaß-Lothringen und Preußen noch für die Uebertragung der landesherrlichen Gewalt an eine besondere Dynastie Stimmung vorhanden sein, während die Zulassung der republikanischen Staatsform vollständig ausgeschlossen ist. Auch über eine Vertretung der Reichslande im Bundesrat steht eine Verständigung noch in weiter Ferne, da gegen jede Machtverschiebung innerhalb des Bundesrats ernste Bedenken gehegt werden und Preußen schon mit Rücksicht auf gewisse Empfindlichkeiten in dieser Frage nur mit größter Behutsamkeit und Delikatesse vorgehen kann.

* Die Eisenbahnkonferenz in Berlin. Eine Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen findet, wie gemeldet, am 15. Dezember in Berlin statt. Aus der großen Tagesordnung sind, wie die „T. R." mitteilt, eine Reihe von Anträgen von allgemeinem Interesse:

Zum Personen- und Gepäcktarif ist beantragt, daß die Fahrpreisermäßigungen für mittellose Kranke usw. künftig auch auf die Mitglieder der Landesversicherungsanstalten und eingeschriebenen Hilfskassen ausgedehnt werden, soweit die Mitglieder der Kasse versicherungspflichtig sind. Im Frachtverkehr soll man künftig auf Antrag im Frachtbrief gegen eine Gebühr von 10 ₰ von der Empfangsstation unmittelbare Nachricht erhalten, wenn eine etwaige Nachnahme von dem Empfänger bezahlt worden ist. Die frachtfreie Beförderung von Wärme- und Kältelschutzmitteln soll einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse zugestanden werden. Die Frachtfreiheit soll aber auf 5 v. H. des wirklichen Gewichts der Sendungen beschränkt bleiben.

Für eine Reihe von Waren wird die Beförderung in gedeckten Wagen vorgeschlagen. In der Klassifikation der Güter sind verschiedene Aenderungen beantragt. Für Tiertransport soll Tränkwasser gegen eine Gebühr von 1 ℳ bereitgehalten, und dies gegen 25 ₰ im voraus bestellt werden können.

* Zu den Dresdner Straßendemonstrationen. Gestern hatten in Dresden der Oberbürgermeister Beutler und der Bürgermeister Leupold eine Unterredung mit den zu Stadtverordneten gewählten Arbeiterführern, Redakteur Fleißner und Kassenbeamter Krüger. Der Oberbürgermeister nahm Gelegenheit, die beiden Herren darauf hinzuweisen, daß, wenn die Straßendemonstrationen sich an den nächsten Sonntagen wiederholen sollten, das Geschäftsleben in Dresden an den so wichtigen Sonntagen vor Weihnachten schwer geschädigt werden würde. An einem ungestörten Geschäftsgang an diesen Sonntagen seien aber gerade zahlreiche kleine Geschäftsleute mit ihren Angestellten in allen Teilen der Stadt interessiert. Er stelle daher den Herren, die nunmehr als gewählte Stadtverordnete das Wohl der